

Schluss mit der sozialen Entrechtung von Flüchtlingen!

Aufruf

Für ein Leben in Würde.

■ Ausgegrenzt und isoliert in Lagern, ohne Teilhabemöglichkeiten und ohne Perspektive: So leben viele Flüchtlinge in Deutschland. Als Asylsuchende oder Geduldete dürfen sie sich nicht frei bewegen (Residenzpflicht) und nur ausnahmsweise ihren Wohnort wechseln.

Rechtliche und soziale Hürden erschweren es, Arbeit zu finden, eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen. Nur bei akuten Erkrankungen oder Schmerzzuständen gibt es medizinische Versorgung.

Bewusst werden Flüchtlinge in oft abgelegenen und heruntergekommenen Lagern in Mehrbettzimmern mit Gemeinschaftstoiletten und -küchen untergebracht.

Ein Paket mit Lebensmitteln, eines für die Körperhygiene und ca. 1,30 Euro Taschengeld pro Tag sind für viele über Jahre hinweg Alltag. Diskriminiert und entmündigt werden Flüchtlinge auch dann, wenn sie statt Bargeld Wertgutscheine erhalten, die sie nur in bestimmten Geschäften einlösen können.

Wir fordern den Deutschen Bundestag auf,

- die Diskriminierung von Flüchtlingen zu beenden; das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und die Betroffenen wie alle anderen Menschen in Deutschland zu behandeln;
- den Lagerzwang abzuschaffen und menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen;
- die Residenzpflicht vollständig aufzuheben und allen Flüchtlingen Freizügigkeit zu garantieren.

Ich unterstütze diesen Aufruf mit meiner Unterschrift:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ / Wohnort

.....
E-Mail

X

.....
Datum

.....
Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diesen Aufruf mit meiner Unterschrift:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ / Wohnort

.....
E-Mail

X

.....
Datum

.....
Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Für ein Leben in Würde.

Wir fordern den Deutschen Bundestag auf,

- die Diskriminierung von Flüchtlingen zu beenden; das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und die Betroffenen wie alle anderen Menschen in Deutschland zu behandeln;
- den Lagerzwang abzuschaffen und menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen;
- die Residenzpflicht vollständig aufzuheben und allen Flüchtlingen Freizügigkeit zu garantieren.

Ich unterstütze diesen Aufruf mit meiner Unterschrift:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ / Wohnort

.....
E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diesen Aufruf mit meiner Unterschrift:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ / Wohnort

.....
E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diesen Aufruf mit meiner Unterschrift:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ / Wohnort

.....
E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diesen Aufruf mit meiner Unterschrift:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ / Wohnort

.....
E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diesen Aufruf mit meiner Unterschrift:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ / Wohnort

.....
E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diesen Aufruf mit meiner Unterschrift:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ / Wohnort

.....
E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Bitte zurücksenden an: Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.

Fax: 069/23 06 50, E-Mail: proasyl@proasyl.de